

www.e-rara.ch

Die neuesten Weltereignisse im Jahre 1848

Leuthy, Johann Jakob

Zürich, 1849-1850

ETH-Bibliothek Zürich

Persistent Link: <https://doi.org/10.3931/e-rara-119503>

19. Folgen des Strassenkampfes im Juni. Präsident Louis Napoleon Bonaparte.

www.e-rara.ch

Die Plattform e-rara.ch macht die in Schweizer Bibliotheken vorhandenen Drucke online verfügbar. Das Spektrum reicht von Büchern über Karten bis zu illustrierten Materialien - von den Anfängen des Buchdrucks bis ins 20. Jahrhundert.

e-rara.ch provides online access to rare books available in Swiss libraries. The holdings extend from books and maps to illustrated material - from the beginnings of printing to the 20th century.

e-rara.ch met en ligne des reproductions numériques d'imprimés conservés dans les bibliothèques de Suisse. L'éventail va des livres aux documents iconographiques en passant par les cartes - des débuts de l'imprimerie jusqu'au 20e siècle.

e-rara.ch mette a disposizione in rete le edizioni antiche conservate nelle biblioteche svizzere. La collezione comprende libri, carte geografiche e materiale illustrato che risalgono agli inizi della tipografia fino ad arrivare al XX secolo.

Nutzungsbedingungen Dieses Digitalisat kann kostenfrei heruntergeladen werden. Die Lizenzierungsart und die Nutzungsbedingungen sind individuell zu jedem Dokument in den Titelinformationen angegeben. Für weitere Informationen siehe auch [\[Link\]](#)

Terms of Use This digital copy can be downloaded free of charge. The type of licensing and the terms of use are indicated in the title information for each document individually. For further information please refer to the terms of use on [\[Link\]](#)

Conditions d'utilisation Ce document numérique peut être téléchargé gratuitement. Son statut juridique et ses conditions d'utilisation sont précisés dans sa notice détaillée. Pour de plus amples informations, voir [\[Link\]](#)

Condizioni di utilizzo Questo documento può essere scaricato gratuitamente. Il tipo di licenza e le condizioni di utilizzo sono indicate nella notizia bibliografica del singolo documento. Per ulteriori informazioni vedi anche [\[Link\]](#)

Die beiden Söhne des Fürsten Polignac fochten tüchtig in den Reihen der Nationalgarden. Die Mobilgarde hat in der viertägigen Schlacht im Ganzen einen Verlust von 2000 Mann, worunter 156 Offiziere, erlitten.

Die Arbeiterrevolution scheint in mehreren Departementen von Frankreich verzweigt gewesen zu sein. Auch die Stadt Marseille war am 22. Juni der Schauplatz blutiger Auftritte. Die Veranlassung dazu soll aber zunächst eine Verordnung des Präfekten Olivier gewesen sein, welcher die tägliche Arbeitszeit für die Arbeiter auf 11 Stunden festsetzte, während die Verordnung der Regierung 10 Stunden bestimmt hatte. Alle Besänftigungen halfen nichts; die Arbeiter brachen in offenen Aufstand aus und errichteten Barrikaden. Das Militär, sowohl Nationalgarden als Linientruppen, schritt ein, und es kam zu erstem Zusammenstoß. Mehrere Barrikaden wurden jedoch nicht ohne bedeutenden Verlust ab Seite der Truppen genommen. General Monard St. Martin wurde verwundet und sein Pferd unter ihm tödtlich getroffen. Die Insurgenten, etwa 800 an der Zahl, zogen sich nun in die alten Quartiere, Place aux Deufs, zurück und leisteten hier noch hartnäckigen Widerstand. Sie wurden jedoch bewältigt und die Ordnung wieder hergestellt. Truppen eilten aus der Nachbarschaft zur Hülfe herbei.

Das Ministerium Cavaignac ordnete am 12. Juli die Entwaffnung der Nationalgarden von Lyon an, wo ebenfalls ein Arbeiteraufstand auszubrechen drohte. Sein Befehl wurde ohne erhebliche Schwierigkeiten vollzogen. Mehrere Verhaftungen fanden statt.

19. Folgen des Straßenkampfes im Juni. Präsident Louis Napoleon Bonaparte.

Der Dekretsentwurf, welcher die Empörung der Arbeiter in Paris zunächst hervorgerufen hatte, wurde am 23. Juli von Falloux im Namen der Arbeiterkommission der Nationalversammlung vorgelegt; er lautet folgendermaßen:

„1. Die Nationalateliers sind 3 Tage nach Veröffentlichung des Dekretes aufgelöst. 2. Die Frauenateliers sind in dieser Maßregel nicht inbegriffen. 3. Ein Kredit von 3 Millionen für augenblickliche Unterstützung der Arbeitslosen. 4. Die Brigadiers

der Ateliers, welche keine andere Anstellung gefunden, erhalten während 3 Monaten halbe Besoldung. 5. Arbeiter, welche gegen das Zusammenrottungsverbot sich verfehlten, erhalten weder Unterstützung noch Entschädigung. 6. Die Regierung garantirt dem Diskontokomptoir der Unternehmer eine Summe von 15 Millionen Franken.

Kurz nach der Revolution wurden die Werkstätten aufgehoben, dagegen wurden den Arbeitern, die keine Arbeit finden konnten, unter Aufsicht der Maires der betreffenden Gemeinden, die nöthigen Unterstützungen verabreicht.

Am 25. Juni beschloß die Nationalversammlung, es seien dem Minister des Innern 3 Millionen Franken zur Unterstützung der Hinterlassenen von gefallenem und verwundeten Nationalgardisten angewiesen, welche die Behörden sogleich zu vertheilen hatten.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 28. Juni wollte General Cavaignac die vollziehende Gewalt niederlegen, was aber verweigert und dem General von der Versammlung erklärt wurde, daß er sich um das Vaterland verdient gemacht habe. Die Versammlung beschloß: 1. Die Nationalversammlung vertraut dem General Cavaignac auch fernerhin die vollziehende Gewalt. 2. Er wird den Titel Präsident des Ministerkonseils annehmen. 3. Er wird sein Ministerium selbst ernennen. In der Versammlung vom 29. Juni wurde hinsichtlich des vor den Barrikaden gefallenen Generals Negrier, der eine hilflose Wittwe hinterließ, folgendes Dekret ohne Diskussion angenommen. 1. Das Herz des Generals Negrier soll bei den Invaliden beigesetzt und sein Körper der Stadt Lille, auf ihr Verlangen, übergeben werden. 2. Der Sohn des Generals wird zum Unterlieutenant ernannt; und 3. wird der Frau und beiden Kindern eine Pension von 3000 Fr. (außer denjenigen 1500 Fr., welche der Wittwe als Retraitegehalt zukommen) ausgesetzt.

Das neue Ministerium wurde von Cavaignac wie folgt bestellt: Senard, der bisherige Präsident der Nationalversammlung, ward Minister des Innern (statt seiner wurde Marie zum Präsidenten gewählt), General Bedeau wurde Minister des Auswärtigen, General Lamoriciere Kriegsminister, Bastide Marineminister, Bethmont Minister der Justiz, Goudchaur der Finanzen, Carnot des öffentlichen Unterrichtes, Turret

des Ackerbaues und Handels, Recurt der Staatsbauten. Bald nachher wurde Bethmont wieder entlassen und an dessen Stelle trat Marie als Justizminister. An General Bedeau's Stelle erhielt Bastide das Ministerium des Auswärtigen und Schiffskapitän Berninac statt des letztern das Portefeuille der Marine und Kolonien. Armand Marrast wurde zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt. Später trat Baulabelle ins Ministerium.

Die Nationalversammlung beschloß am 17. Juli: Es solle dem Erzbischof von Paris unter den Gewölben der Metropolitankirche ein marmornes Denkmal errichtet werden, für welches 50,000 Fr. ausgesetzt wurden.

Die Theater waren 24 Tage geschlossen und begannen am 14. Juli, in Folge der ihnen zugesicherten Unterstützung, ihre Vorstellungen wieder. Zur Aufmunterung für schöne Wissenschaften und Künste bewilligte die Nationalversammlung, über den Theaterkredit hinaus, 200,000 Franken.

Ministerium und Nationalversammlung wetteiferten, um die Verdienstlosigkeit und daherige Noth der Arbeiter, so wie überhaupt der Dürftigen durch Aussetzung sehr bedeutender Summen zu erleichtern. Die Nationalversammlung beschloß auch, entgegen einem Antrag für die Progressivsteuer, verhältnißmäßige Besteuerung; ebenso, daß die Arbeiter sämmtlicher Gewerbe zusammen gerufen werden sollen, um diejenigen Vertreter zu wählen, welche dem, zur Prüfung der Leiden des Arbeitervolkes, von ihr niedergesetzten Ausschusse die nöthige Aufklärung geben sollen.

Zur Berathung eines Entwurfes für eine neue Konstitution wurde eine Kommission niedergesetzt.

Am 26. August gewährte die Nationalversammlung die Ermächtigung zu gerichtlicher Verfolgung ihrer Mitglieder Louis Blanc und Caussidiere. Ersterer wurde den ordentlichen, letzterer den Kriegsgerichten überwiesen. Beide sollten in Folge dessen verhaftet werden, flüchteten sich aber nach England.

Der Belagerungszustand dauerte noch immer fort. Cavaignac hatte auf allen Forts Belagerungsgeschütze auführen lassen, mit welchen er so zu sagen ganz Paris hätte zusammen schießen können.

Louis Napoleon Bonaparte, der Nefte Napoleons, wurde von einigen Departements in die Nationalversammlung

gewählt, lehnte aber diese Wahl ab, indem er in einem, vom 8. Juli datirten, an die Nationalversammlung gerichteten Briefe sagt, er hoffe durch die Nichtannahme die Aufrichtigkeit seines Patriotismus zu beweisen; er bedaure, noch nicht an den Arbeiten der Nationalversammlung Theil nehmen zu können, werde es aber jedenfalls später thun, wenn seine Gegenwart in Frankreich den Feinden der Republik nicht mehr zum Vorwande dienen könne. — Bald darauf wurde er wieder von sechs Departementen und selbst in Paris mit 110,750 Stimmen gewählt. Nachdem sich aus der Untersuchung ergeben, daß er keine Schuld an den Juniereignissen trage, und demnach als wählbar erklärt wurde, trat er am 26. September Nachmittags um halb 3 Uhr in den Sitzungsaal und setzte sich auf eine Bank in der Mitte der Linken. Dadurch entstand große Aufregung im Saale und in den Gallerien; von allen Seiten wurden Lorgnetten und Operngucker auf das neue Mitglied gerichtet; man deutete sogar mit Fingern auf ihn. Wahrscheinlich um dieser für den Betheiligten peinlichen Lage ein Ende zu machen, bestieg der Berichterstatter des neunten Bureau die Tribüne und erklärte, daß die Wahlen im Departement Yonne regelmäßig vor sich gegangen und die Wahl Louis Napoleons nicht beanstandet werden könne; jedoch beantragte das Bureau nur provisorische Zulassung des Gewählten, bis er sein Alter und seine Nationalität konstatiert habe. Da sich darüber gewaltiges Murren erhob, erklärte Hr. Vivien, als Mitglied des neunten Bureau, daß dieses einfache Zulassung des Bürgers Bonaparte verlange. Der Präsident proklamirte nun Louis Napoleon als Repräsentanten für das Departement Yonne. Der neue Repräsentant verläßt seinen Platz und steigt auf die Tribüne, wo er gegen alle gegen ihn ausgestreuten Verläumdungen protestirte und betheuerte, daß er nur das Wohl der demokratischen Republik und in derselben Ruhe und Wohlstand wolle. Es sei sein fester Vorsatz, aus allen Kräften, im Verein mit seinen Kollegen, zu arbeiten an der Feststellung der neuen Zustände. Als Louis Napoleon die Tribüne verließ, schrie ein Repräsentant aus voller Kehle: „Vive la république!“ Indessen stimmte Niemand in diesen Ruf ein und bald ließ die Aufregung nach, da die Neugierde befriedigt war.

Das erstaunte Europa sah derartige Veränderungen, aber kein Monarch wagte es von Intervention zu sprechen, im Gegentheil

anerkannte selbst Rußland die Republik, ihm folgten dießfalls die Freistaaten von Nord- und Südamerika, die Schweiz, dann auch England und die Türkei. Die übrigen Monarchien anerkannten sie gleichsam stillschweigend. Der russische Gesandte hatte sogar sein Hotel illuminirt.

Persigni, Layti u. A., welche bei Gelegenheit der Manifestation zu Gunsten Louis Napoleons verhaftet wurden, erhielten ihre Freiheit wieder.

Schon am 29. August begannen die Berathungen über den inzwischen ausgearbeiteten Konstitutionsentwurf. Wir können hier nicht in Erörterungen darüber eintreten, nur bemerken wir, daß das Einkammersystem beliebt und angenommen wurde; ebenso wurde die Durchführung der Gewaltentrennung beschlossen. Die Verfassung war schon vor dem Juniaufstande entworfen, erlitt aber nach demselben bedeutende Veränderungen, da die sozialen Reformen wegfielen.

Am 9. Oktober beschloß die Nationalversammlung mit 627 gegen 130 Stimmen: „Der Präsident der Republik wird in geheimem Scrutinium, mit absoluter Mehrheit, durch direkte Stimmgebung aller Wähler der französischen Departemente und Algeriens ernannt. Er muß wenigstens 30 Jahre alt sein.“

Louis Napoleon Bonaparte erklärte, daß er kein Präbident sei, worauf der Antrag zurückgezogen wurde, daß kein Bürger aus einer Regentenfamilie zum Präbidenten gewählt werden dürfe. Der dießfällige Art. 45 des Verfassungsentwurfes, wonach der auf 4 Jahre zu wählende Präbident 4 Jahre nach Ablauf seiner Amtsdauer nicht mehr wählbar ist, wurde angenommen. Die Nationalversammlung wählt ihn nur dann, wenn kein Kandidat wenigstens 2 Millionen Stimmen erhalten hat. Von den überseeischen Kolonien wurde nur Algerien zur direkten Wahl des Präbidenten als mitberechtigt erklärt.

Der Gehalt des Präbidenten wurde auf 600,000 Franken festgesetzt.

Der so lange andauernde Belagerungszustand hatte große Unzufriedenheit unter den Bewohnern von Paris, so wie in der Nationalversammlung selbst erweckt, namentlich gegen den Konseilpräbidenten Cavaignac. Eine in dieser Versammlung erhaltene Schlappe öffnete ihm die Augen; denn er verlangte, wegen Aufhebung des Belagerungszustandes, die Niedersezung einer besondern

Kommission, welche zur Berathung eines Antrages mit der Regierung in Verbindung treten soll. Babud-Larbriere wollte wissen, mit welcher Regierung man zu thun habe, da das Land wegen einer Ministerkrisis unruhig sei. Cavaignac erklärte, daß er im Namen der bestehenden Regierung spreche; eine zweite existire nicht. Die Versammlung beschloß die Niedersetzung einer Kommission.

Das Benehmen Cavaignac's war sehr zweideutig, denn aus seinen Worten selbst, so glatt sie waren, konnte man die Bestätigung der Gerüchte entnehmen, welche von einer Aenderung des Ministeriums sprachen. Außerdem bezeugte dieses das Auftreten Senard's und Baulabelle's, welche ohne Portefeuille in der Versammlung erschienen.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 20. Oktober wurde der Belagerungszustand auf erstatteten Bericht der Kommission aufgehoben. Kaum hatte der Berichterstatteur Aylies geendigt, so erschallte es von allen Seiten: Abstimmung! und einmüthig erhob sich die ganze Versammlung zur Annahme des Antrags.

In der Sitzung der Versammlung vom 14. Oktober interpellirte der Repräsentant Portalis die Regierung über die Aenderung im Ministerium. General Cavaignac antwortete: die Regierung werde am Montag den 16. die Vertrauensfrage vor die Versammlung bringen. Das Programm des neuen Ministeriums soll ihr vorgelegt werden; die bleibenden alten Minister werden für das Vergangene verantwortlich sein, die neuen werden ihre Pläne für die Zukunft vorlegen und die Majorität möge entscheiden. Wenn sie feindselig sei, so werden sich Ministerium und Präsident zurückziehen. Das Ministerium wurde also zusammen gesetzt: Marie, Justiz; Bastide, Auswärtiges; Lamoricie, Krieg; Berninac, Marine und Kolonien; Dufaure, Inneres; Turret, Ackerbau und Handel; Freslon, öffentlicher Unterricht und Kultus; Goudchaux, Finanzen; Bivien, öffentliche Arbeiten *. Auffallend war immerhin der Eintritt von Orleansisten ins Ministerium und mehrere öffentliche Blätter sprachen sich sehr heftig dagegen aus, namentlich der National.

* Dufaure war bekanntlich zwei Mal Vizepräsident in der ehemaligen Deputirtenkammer und trat nach dem Sturze Molé's ins Ministerium. Bivien war unter Thiers Großfiegelbewahrer und unter Guizot Vizepräsident des Staatsrathes. Freslon war bald nach der Februarrevolution Generalprokurator zu Angers und hatte früher ein demokratisches Blatt redigirt.

In der Sitzung vom 16. Oktober erhielt das neue Ministerium das Vertrauen der Nationalversammlung. 570 Stimmen gegen 155 sprachen sich für dasselbe aus. Beim Beginn der Sitzung stellte Dufaure die Vertrauensfrage mit einem Nachtragskreditbegehren von 100,000 Franken für geheime Ausgaben. Hierauf las er das Manifest des neuen Ministeriums, welches von Jedermann unterzeichnet werden könnte: „Der Zweck der neuen Verwaltung ist die Organisation der Revolution, ihre Fahne diejenige der Republik, ihr Wahlspruch derjenige unserer Väter; die Familie und das Eigenthum scheinen ihr wie der ganzen Nation die nothwendigen Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung.“ Man wußte, daß eine große Anzahl von Repräsentanten, welche seither den General Cavaignac energisch unterstützt hatten, sich hier öffentlich gegen ihn erklären würden. Landrin sprach im Namen derselben mit ausgezeichnetem Talente und aner kennenswerther Mäßigung. Er fand in der Vergangenheit der neuen Minister keine hinreichende Garantie, um ihnen ein Vertrauensvotum zu ertheilen, er wird ihre Handlungen erwarten und diese sollen sein Verhalten bestimmen. Cavaignac antwortete, mehrmalige Abstimmungen haben dem alten Kabinet geschadet, dessen gemeinsames Abtreten ihn dann in die Nothwendigkeit versetzt habe, dasselbe zu organisiren und zwar im Sinne der Mehrheit der Nationalversammlung. Portalis trat viel leidenschaftlicher auf als Landrin, ebenso Ledru-Rollin, der mit den Personen keinen Frieden schließen wollte, sondern nur mit den Grundsätzen. Er verließ übrigens nach einigen unbedeutenden Unterbrechungen die Tribüne, ohne seine Rede zu vollenden. General Bédou sprach für die Kombination, Ducour heftig gegen dieselbe. Dufaure schloß die Debatte zur Zufriedenheit der Majorität.

In einem Zeitraume von 55 Tagen war am 24. Oktober der Verfassungsentwurf zu Ende gebracht. 30 Sitzungen wurden demselben ganz oder theilweise gewidmet. Die Nationalversammlung setzte die Wahl des Präsidenten der Republik auf den 10. Dezember fest. Louis Napoleon Bonaparte ergriff das Wort, indem er erklärte, „daß er geneigt sei, die Präsidentschaft der Republik anzunehmen, weil er seinen Namen für geeignet halte, zur Konsolidirung der bis in ihre Grundfesten erschütterten Gesellschaft zu dienen.“

Am 4. November hatte die Nationalversammlung die Ver-

fassung mit 769 gegen 30 Stimmen definitiv angenommen. Der Ruf ertönte beim Schluß der Verhandlungen einstimmig: „Es lebe die Republik!“ 100 Kanonenschüsse verkündeten die Annahme. In allen Departementen wurde eine Verfassungsfeier und zwar mit allgemeiner Begeisterung begangen.

Je näher die Wahl des Präsidenten heranrückte, um so mehr regten sich die Leidenschaften der Parteien für die von ihnen empfohlenen Kandidaten. Eine große Zahl Repräsentanten, den verschiedenen Parteien angehörend, versammelten sich am 12. November im Palaste der Nationalversammlung zur Berathung der Präsidentschaftsfrage, Alle vereinigten sich auf Cavaignac und beschloffen, dieß ihren betreffenden Departementen bekannt zu machen. Allein das kriegslustige und mit der Freiheit der Völker sympathisirende französische Volk sah mit Entrüstung die Niederlage der neuen lombardischen Republik und die Drangsale, welche dem Volke durch Radezky's Armee zugesügt wurden, ohne daß Cavaignac mehr that, als eine nicht zahlreiche Armee an die italienische Grenze zu stellen. Auf mehrere Interpellationen in der Nationalversammlung antwortete Cavaignac ausweichend oder geheimnißvoll. Immer ließ er aber eine Art von Hoffnungsschimmer durchblicken, der das Volk glauben machte, Frankreich werde dem Ruin der Schwesterrepublik, die einst ein Glied von ihm war, nicht gleichgültig zusehen. Bald hieß es, die Intervention werde erfolgen, Frankreich und England haben sich gemeinschaftlich ins Mittel gelegt und es sei bereits eine Uebereinkunft mit Oesterreich zu Stande gekommen, nach welcher die Lombardei unter Oesterreichs Obhut einen Staat unter eigener Verwaltung bilden werde, und endlich, die Lombardei komme in Folge des erwähnten Vertrages größtentheils zu Toskana. Venedig verbleibe Oesterreich. Von allem diesem erfolgte nichts. Die Lombardei war einmal von Radezky wieder erobert und die nachher erstrebten Waffenstillstände blieben ohne weitere Folgen, als daß Frankreich und England nicht zugaben, daß Oesterreichs Armee den sardinischen Boden betrete. So wurden die Lombardei und Venedig endlich ihrem Schicksale preisgegeben. Dieses von den reaktionären deutschen Fürsten beliebäugelte Friedenssystem erneuerte den Widerwillen gegen Cavaignac. Wenn er, hieß es, doch wenigstens zu rechter Zeit eine eklatante Armee an die italienische Grenze hätte marschiren lassen, so hätte dieselbe großen Eindruck gemacht und die Oesterreicher vielleicht zu einem für die Lom-

barbei noch zuträglichen Frieden vermocht. Auch wurden gegen Cavaignacs Benehmen in den Junitagen vielfache Beschwerden laut. Es hieß, er habe die Insurrektion anfangs begünstigt, um sich desto eher durch spätere energische Unterdrückung derselben an die Spitze der Gewalt emporschwingen zu können. Cavaignac rechtfertigte sich hierüber am 25. November in der Nationalversammlung, welche, gegenüber den gegen ihn erhobenen Beschwerden, nach langer Diskussion mit großer Mehrheit folgenden Beschluß faßte: „Indem die Kammer bei ihrem Beschluß vom 28. Juni, lautend: „General Cavaignac hat sich um das Vaterland verdient gemacht“, beharrt, schreitet sie zur Tagesordnung.

Einen bedeutenden Kontrast zu der Friedenspolitik Cavaignacs bildete auch sein Benehmen beim Ausbruch der Revolution in Rom, indem er sogleich nach erhaltenem Berichte von dem Ausbruche derselben einer in Toulon sich befindenden Truppenabtheilung von 3500 Mann den Befehl zugehen ließ, nach Civitavecchia im Kirchenstaate abzufahren und den Volksrepräsentanten Corcelles als Gesandten nach Rom sandte, welcher Namens der französischen Nation interveniren sollte, um dem Papste die öffentliche Sicherheit wieder zu verschaffen, falls er derselben beraubt wäre, und wenn er es wünschte, ihn nach Frankreich zu bringen. Der Papst war aber bereits aus Rom geflohen und hatte sich nach der neapolitanischen Seestadt Gaeta begeben. Daher unterblieb die Intervention.

Cavaignac entschuldigte sich in der Nationalversammlung damit, daß er dem Gesandten Corcelles untersagt habe, sich in irgend eine der politischen Fragen, die zu Rom verhandelt werden, einzumischen, da es allein der Nationalversammlung zukomme, den Antheil zu bestimmen, den die Republik an den Maßregeln nehmen wolle, die zu Herstellung eines geregelten Zustandes im Kirchenstaate nothwendig sein möchten. Der persönliche Schutz des Papstes sei für den Augenblick der einzige Zweck jener Mission gewesen.

Favre und Ledru-Rollin suchten besonders darzuthun, die Regierung suche dadurch auf die Wahl zu wirken und unternehme gleichzeitig einen Schlag gegen die italienische Demokratie. Montalembert behandelte (nach sonderbündlerischer Manier) die Frage als eine römisch-katholische. Die Versammlung nahm jedoch mit 480 gegen 63 Stimmen Tagesordnung an, indem sie die Vorsichtsmaßregeln zur Sicherung der Freiheit des Papstes

billigte, einen Beschluß über die fernern unvorhergesehenen Vorfälle sich vorbehaltend. Ein neues Vertrauensvotum, aber ein neuer Sporn zur Unzufriedenheit einer großen Zahl des Volkes.

Indessen erließ Louis Napoleon zu Anfang Dezembers ein Manifest, worin er 1) seine Lebensgeschichte mit kurzen Worten darlegt, 2) sagte, falls er zum Präsidenten gewählt würde, so werde er vor keiner Gefahr oder keinem Opfer zurückschrecken, um die so verwegen angegriffene Gesellschaft zu vertheidigen; er würde sich ohne Hintergedanken ganz der Befestigung einer Republik widmen, die weise in ihren Gesetzen, ehrbar in ihren Absichten, groß und stark in ihren Handlungen sei. Er würde es als einen Ehrenpunkt betrachten, seinem Nachfolger nach Verfluß von 4 Jahren die Regierung befestigt, die Freiheit ungeschmälert, einen wirklichen Fortschritt vollendet zu hinterlassen. Was das Ergebnis der Wahl sein möge, werde er sich vor dem Willen des Volkes neigen, und seine Mitwirkung sei zum Voraus jeder gerechten und festen Regierung gesichert, welche eine moralische und materielle Ordnung wieder herstellen, welche erfolgreich die Religion, Familie und das Eigenthum — die ewigen Grundlagen jedes gesellschaftlichen Zustandes — wieder herstellen werde, welche mögliche Reformen veranstalten, Feindschaften beruhigen und Parteien versöhnen und dadurch das beunruhigte Land in den Stand setzen werde, auf morgen zählen zu können.

Die Bonapartisten waren ihrerseits sehr thätig, um Louis Napoleon zu empfehlen, es fehlte auch nicht an Verleumdungen, übeln Nachreden gegen Cavaignac. Ja es hieß sogar, daß große Geldsummen verwendet würden, um dem erstern die Präsidentschaft zu sichern. Diese Nachreden konnten aber wohl auch unter die Verleumdungen des Prinzen gerechnet werden, denn wo hätten die Mittel herrühren müssen, die eine so große Nation bewegen konnten, in ihrer Mehrzahl einem Andern, als dem von ihr wirklich für den besten gehaltenen die Stimme zu geben. Das nachherige Resultat zu Gunsten Louis Napoleons hat die Gehässigkeit dieser Gerüchte ans Licht gestellt und die Franzosen glänzend gerechtfertigt, die doch im Allgemeinen mehr National-ehre besitzen, als elende welsche und deutsche Skribler ihnen hämisch zudachten. Daß dagegen alle andern Triebfedern in Bewegung gesetzt wurden, kann wohl kaum geläugnet werden, wie dieses aber auch von der Partei Cavaignacs geschah. Ein Umstand aber

war es besonders, welcher geeignet war, Cavaignac in ein schiefes Licht zu stellen: Kurz nach der Februarrevolution erklärte die provisorische Regierung, es sollen die Februarkämpfer und diejenigen, welche während des letzten Regimentses für die Sache der Freiheit gelitten, Nationalbelohnungen erhalten. Drei Komites und eine Zentralkommission wurden niedergesetzt, um die einzelnen Gesuche zu prüfen und Listen der zu Belohnenden zu entwerfen. Die Juniereignisse brachten diese Angelegenheit ins Stocken, bis am 19. September auf den Vorschlag Senard's, damals Minister des Innern, von der Nationalversammlung die Eröffnung eines Kredites von einer Million Franken für Nationalbelohnungen beschlossen wurde. Von Seite der zu einem dießfälligen Gesetzesentwurfe niedergesetzten Kommission gelangten mit dem Entwurfe Listen der zu belohnenden Personen an das Ministerium, welche unter einer großen Zahl ehrenwerther Personen Namen von sehr übel berüchtigten Individuen, selbst von Mördern und Räubern enthielten. Man konnte sich das Vorhandensein dieser Listen um so weniger erklären, da sie mit dem der Nationalversammlung vorgelegten Gesetzesentwurf nichts zu schaffen hatten. Jedenfalls stammten diese Listen aus frühern Zeiten, aus Zeiten, da noch kein Cavaignac an der Spitze der Regierung stand, und von den Mitgliedern der mit der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfes über die Nationalbelohnungen niedergesetzten Kommission wollte sie keiner gelesen haben. Der Minister glaubte, es seien diese Listen Abschriften der Verhaftungsprotokolle und dazu bestimmt gewesen, als Leitfaden bei der Auswahl zu dienen. Wenn den gegenwärtigen Minister ein Tadel treffen konnte, so war es der, nicht vor der Absendung an die Nationalversammlung genaue Einsicht von jedem Aktenstücke genommen zu haben. Sobald der Minister des Innern, Herr Dufaure, Wind von dem Dasein dieser Listen bekam, nahm er den Gesetzesentwurf über die Nationalbelohnungen zurück und beauftragte einige Mitglieder der Nationalversammlung, dieselben einzusehen. In das Bureau, in welchem diese Herren die Prüfung der erwähnten Listen vornahmen, schlichen sich andere Deputirte. Der Eine und der Andere that einen Blick in die verhängnißvollen Papiere und notirte sich die berüchtigtesten Namen. Gleich darauf erschien nun in der „Presse“, dem Blatt des Herrn Girardin, das Verzeichniß der schlechte-

sten unter diesen Subjekten mit der Aufschrift: „Pensionirte des Generals Cavaignac!“

Man kann sich denken, welchen Effekt diese Veröffentlichung machte. Ganz Paris war davon erfüllt. Um Stimmen zu gewinnen, will Cavaignac solchen Menschen Nationalbelohnungen ertheilen, hieß es überall, wo man die Sache nicht näher kannte. In der Nationalversammlung mußte die Sache natürlich auch zur Sprache kommen. Es geschah dieß am 7. Dezember. Niemand wagte es zu behaupten, die Regierung habe Kenntniß von diesen Listen gehabt. Wer aber dieselben aufgesetzt, wer hinwiederum der Presse eine solche Liste zugesandt hatte, konnte nicht ermittelt werden. Allgemeine Entrüstung gab sich über den schändlichen Streich kund. Cavaignac sprach tief bewegt. Man rief ihm zu, er brauche sich nicht zu rechtfertigen; kein Mensch glaube, daß er Mord und Diebstahl habe belohnen wollen. Dennoch fuhr er fort und sprach den tiefen Schmerz aus, den ihm der Gedanke verursachte, sagen zu müssen, daß er weder den Diebstahl noch den Mord habe belohnen wollen. Solchem Verdacht hätte er nie geglaubt, ausgesetzt sein zu können. Fast einstimmig ging die Versammlung zur Tagesordnung über diese Angelegenheit. Einige wollten sogleich eine Untersuchung anordnen. Die Rechte mußte manche starke Aeußerung des Unwillens vernehmen.

Mehrere Stimmen bezeichneten die Veröffentlichung der Liste durch die „Presse“ als politischen Mord. In der That — wie der Minister des Innern bemerkte — kam die Berichtigung an manchem Orte zu spät, und der Streich der schlechten „Presse“ hatte bereits seine Wirkungen gethan.

Diese und die weiter oben angeführten Umstände wirkten zusammen, Cavaignac, der muthige Vertheidiger der Republik unterlag.

Schon ehe das Resultat der Abstimmung aus Algerien bekannt war, konnte Louis Napoleon Bonaparte bei entschiedener Majorität als gewählt proklamirt werden. Die Nationalversammlung hatte dann auch am 20. Dezember das Dekret in Betreff der Proklamation des neugewählten Präsidenten angenommen. Ganz unerwartet und bei großer Angestlichkeit der Nationalversammlung ging die Einsetzung des Präsidenten vor sich. Das Resultat der Abstimmung, wie es von der Wahlprüfungskommission bekannt gemacht wurde, ist folgendes: 7,449,471 haben gestimmt (23,219

Stimmzettel waren ungültig). Von den 7,426,252 gültigen Stimmen erhielt Louis Napoleon Bonaparte 5,534,520, General Cavaignac 1,448,107, Ledru-Rollin 370,119, Raspail 36,920, Lamartine 17,910. — Bonaparte hatte, wenn man die Abstimmung der einzelnen Departemente durchgeht, in 84 derselben die große Mehrheit, Cavaignac nur in den zwei Departementen Finisterre und Morbihan. Die Abstimmung der Marine und an Bord der verschiedenen Staatschiffe lieferte folgendes Ergebnis: Stimmende 3254. Bonaparte 784, Cavaignac 1257, Franz Arago (ehemaliger Marineminister) 415, Lamartine 90, Ledru-Rollin 84, Raspail 1, die übrigen ungültigen Stimmen waren größtentheils auf den Prinzen Joinville gefallen.* Während der Verlesung des Berichtes trat Louis Napoleon Bonaparte in einfachem, schwarzem Frack, geschmückt mit dem Großkreuz der Ehrenlegion in den Saal und setzte sich zur Seite Odilon-Barrot's. General Cavaignac zeigte hierauf die Entlassung des gesammten Ministeriums an, dankte der Versammlung für das ihm bewiesene Zutrauen und trat somit von seinem Posten als Chef der vollziehenden Gewalt ab. Hierauf proklamirte Marrast Louis Napoleon als Präsidenten der Republik bis zum zweiten Sonntag im Mai 1852 und lud dann denselben ein, die Tribüne zu besteigen und den ihm vorzulesenden Eid zu leisten. Unter allgemeiner Aufmerksamkeit bestieg der neue Präsident die Tribüne, worauf ihm Präsident Marrast folgenden Eid vorlas. Präsident: „Im Namen Gottes und vor dem französischen Volke, das durch die Nationalversammlung repräsentirt ist, schwöre ich, der demokratischen einen und untheilbaren Republik treu zu bleiben und die Pflichten, welche mir die Verfassung auferlegt, zu erfüllen.“ Louis Bonaparte: „Ich schwöre es.“ Präsident: „Ich nehme Gott und die Menschen zu Zeugen des Eides, der so eben vor der Nationalversammlung

* Bei der ungeheuren Zahl von Stimmen, welche auf Louis Napoleon Bonaparte gefallen sind, ist es nicht uninteressant, zu vergleichen, in welchem Grade dessen Oheim das Zutrauen des Volkes besaß. Napoleon wurde im Jahr VIII bei 3,012,569 Wotanten mit 3,011,007 zum Konsul; 1802 bei 3,577,269 Wotanten mit 3,568,888 Stimmen zum lebenslänglichen Konsul und im Jahr 1804 bei 3,524,244 Wotanten mit 3,521,675 Stimmen zum erblichen Kaiser ernannt.

geleistet worden ist". (Der Eid wurde im *Moniteur* abgedruckt und in allen Gemeinden der Republik angeschlagen.) Louis Napoleon drückte dann in einer würdig gehaltenen Rede seine Gefühle aus. „Die Stimmen der Nation (sprach der Präsident) und der Eid, den ich geleistet, schreiben mir mein künftiges Benehmen vor. Meine Pflicht ist vorgezeichnet, ich werde sie als Ehrenmann erfüllen und in allen denjenigen, welche das auf ungesetzlichem Wege abzuändern trachten sollten, was ganz Frankreich festgesetzt hat, Feinde des Vaterlandes sehen" u. s. w. Im Weiteren war die Rede ein Programm der Versöhnung und berührte am Schlusse den Präsidenten der provisorischen Regierung ehrenhaft. „Das Benehmen des ehrenwerthen Generals Cavaignac (sprach Louis Napoleon) war der Rechtschaffenheit seines Charakters und jenes Pflichtgefühls würdig, welches die erste Eigenschaft des Staatsoberhauptes ist." Ein langer Ruf „Es lebe die Republik!" folgte der mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Rede. Man bemerkte mit Vergnügen, daß Louis Napoleon bei seinem Weggehen dem General Cavaignac die Hand drückte. Begleitet von einer großen Zahl Mitglieder verließ er den Saal, die militärischen Ehren wurden ihm erwiesen und eine Kavallerieeskorte führte ihn bis zum Palais Elisee-Bourbon. Starke Militärmassen waren für den Fall einer allfälligen Ruhestörung bereit gehalten.

Das durch eine Botschaft des neuen Präsidenten ernannte Ministerium war folgendes: Odilon-Barrot, Justiz- und Ministerrathspräsident; Drouyn de Lhuys, Auswärtiges; L. de Maleville, Inneres; General Rulhieres, Krieg; de Tracy, Marine und Kolonien; de Falloux, öffentlicher Unterricht und Kultus; L. Faucher, öffentliche Arbeiten; Birio, Ackerbau und Handel; H. Passy, Finanzen. — Marschall Bugeaud wurde zum Oberkommandanten der Alpenarmee ernannt, General Changarnier erhielt das Kommando der ersten Militärdivision zu dem der Nationalgarde der Seine und der Mobilgarde; Oberst Rebillot ward Polizeipräfekt und Jerome Bonaparte, ehemaliger König von Westphalen, Gouverneur der Invaliden. Sonntags den 24. Dezember war große Parade zu Ehren Louis Napoleon Bonaparte, welcher bei derselben in der Uniform eines Generals der Nationalgarde erschien und das Großkreuz der Ehrenlegion trug. Das oben genannte Ministerium ist aus Männern des verschiedenartigsten politischen Ursprungs zu-

fammengesetzt; im Allgemeinen scheint in demselben die ehemalige konstitutionelle Opposition vorzuherrschen. Die ehemalige Linke ist repräsentirt durch Odilon-Barrot, de Tracy und L. Faucher, das ehemalige linke Zentrum durch L. de Maleville, Drouyn de Lhuys und H. Passy. Odilon-Barrot galt früher als der Abglanz von Thiers; er ward zuletzt Minister des Innern und vertheidigte am 24. Februar, Nachmittags, die Rechte des Grafen von Paris. De Tracy ist ein Tochtermann Lafayette's, gewesener Militär des Kaiserreiches und gegenwärtig Oberst der ersten Legion; ein großer Gutsbesitzer. L. Faucher, früher Mitarbeiter am „Courrier Français“, soll ziemlich ehrgeizig aber talentvoll sein. L. de Maleville hat sich vor dem Februar durch seine Theilnahme an dem Bankettenfeldzug bemerklich gemacht, indem er eine Menge Reden gegen die Wahl- und Verwaltungsbestechung gehalten hat. Drouyn de Lhuys war ehemaliger Chef der Handelsabtheilung im Ministerium des Auswärtigen und entzweite sich eines Tages mit Guizot, worauf er abgesetzt wurde. Er trat von da an in das linke Zentrum ein und nahm Antheil an der Redaktion des „Siecle“. Passy, ehemaliger Pair von Frankreich, ein unbescholtener Mann, war seiner Zeit mit Dufaure Minister unter Louis Philipp. Passy und de Tracy sind durch ihre Meinungen für Abschaffung der Sklaverei bekannt. Birio repräsentirte die Republikaner vom alten Datum, näherte sich aber den Gemäßigten und wurde im Juni an den Barrikaden ehrenvoll verwundet. De Fallour zählte man bisher zu den gemäßigten Legitimisten. Ein einziges Mitglied des Kabinetts, Kriegsminister General Rulhieres, gehörte der ehemaligen konservativen Partei an. Er hatte die Aufstände von Grenoble und Lyon, 1831 und 1832, unterdrückt und zur Unterdrückung des Pariser Aufstandes von 1834 thätig mitgewirkt.

Der Präsident der Republik schien durch diese Ministerwahlen eine Versicherungspolitik befolgen zu wollen, daher man obiges Ministerium ein Musterministerium nannte, nach welchem zu urtheilen auch keine raschen Schritte in der auswärtigen Politik eingeschlagen werden dürften, wie dieses bereits die Zeit lehrt.

Großen Eindruck machte in ganz Frankreich der in den letzten Tagen des Jahres 1848 erfolgte Rücktritt der Minister Leon de Maleville und Birio, welcher hauptsächlich in Folge eines Konfliktes zwischen dem Präsidenten Bonaparte und de

Maleville über die Befugnisse des Ministers des Innern stattgefunden haben soll. Ersterer soll von dem Letztern in einer Zuschrift, datirt den 27. Dezember, die Aushingabe der auf die Geschichten von Straßburg und Boulogne bezüglichen Akten verlangt haben. Ferner habe der Präsident verlangt, daß ihm die ankommenden diplomatischen Aktenstücke direkt zugesandt werden, wobei er dem Minister sein Mißfallen bezeugt habe, daß dieses (namentlich in Betreff einer Depesche über Italien) nicht geschehen sei. Endlich habe Bonaparte bemerkt, er gebe nicht zu, daß der Minister des Innern die Artikel im Moniteur redigire, die ihn (den Präsidenten) persönlich betreffen. Benannte Zuschrift soll zunächst die Hauptursache des Ministers de Maleville gewesen sein, indem sich derselbe in seinen Befugnissen verletzt fühlte. Virio soll dießfalls das Ehrgefühl mit de Maleville getheilt haben, indem beide zugleich abtraten. Der Präsident der Republik soll darauf einen zweiten Brief an Maleville geschrieben haben, in welchem er den Fehler des ersten wieder gut zu machen suchte, doch beide Minister blieben bei ihrem Entschlusse. — Einige Journale wollen wissen, daß obiger Briefwechsel nicht der letzte Grund zur Ministerkrisis gewesen sei. Im Gegentheil sei darüber bereits ein Einverständnis hergestellt gewesen, als zwei Tage später Louis Napoleon Bonaparte von Maleville die Ernennung dreier Günstlinge einer ihm nahe verwandten, von ihrem russischen Gemahl getrennten, Dame verlangt habe; zwei seien zu Präsekten und einer zum Direktor des Museums bezeichnet worden. Der Minister habe auf dieses Begehren erwiedert: er werde es im Kabinettsrathe einer nähern Würdigung unterstellen, worauf der Präsident, in einem zweiten Schreiben, auf seinem Wunsche mit den Worten bestanden habe: er „rechne“ darauf, daß der Minister die drei verlangten Ernennungen unterzeichne. Ein in etwas bitterem Tone abgefaßter Brief sei die Antwort des Ministers gewesen.

Nach einem französischen Blatte soll auch in dieser Sache Thiers die Hauptrolle gespielt haben. Dieser war bekanntlich im Jahr 1840, als Louis Napoleon in Boulogne einfiel, Premierminister unter Louis Philipp und wurde sonderbarer Weise damals auch von Louis Napoleon in den Proklamationen, die dieser an das französische Volk erließ, als der Konseilspräsident desselben proklamirt. Beide, Ludwig Philipp und Louis Napoleon, sagt man, hatten ihre guten Gründe, Thiers als den ihri-

gen anzuerkennen. Anfangs mit Louis Napoleon unter einer Decke, habe er ihn, wie die Dokumente der Boulogner Verschwörung bezeugen, später dem Könige Ludwig Philipp verrathen. Um sich von diesem doppelten Spiel zu überzeugen, habe Louis Napoleon von Maleville die Auslieferung jener Dokumente verlangt. Dieser soll sie nicht nur verweigert, sondern sogar diejenigen Papiere, welche auf die politische Intrigue Licht verbreiten konnten, bei Seite geschafft haben, um Thiers sowohl, wie sich selbst (er war unter Thiers Staatssekretär) nicht zu kompromittiren. Louis Napoleon soll durch einen Direktor der Sicherheitspolizei in Paris von dem Dasein und Inhalte jener Dokumente in Kenntniß gesetzt worden sein.

Dupont von Busac verlangte indessen in der Nationalversammlung Aufschlüsse über den Austritt Maleville's aus dem Ministerium. Dieser gab zu, daß Mißthelligkeiten zwischen ihm und dem Präsidenten stattgefunden haben, es seien diese jedoch nicht politischer Natur gewesen und er werde in dieser Beziehung das jetzige Ministerium ferner nach Kräften unterstützen. Es seien Mißthelligkeiten gewesen, wie sie leicht entstehen können, bei der doppelten Verantwortlichkeit, welche die Verfassung bestimme. Der Präsident und der Minister seien verantwortlich und bei dieser doppelten Verantwortlichkeit seien Konflikte sehr natürlich. Es wurde Tagesordnung erkannt.

An die Stelle Maleville's trat nun Faucher, der als Minister der öffentlichen Arbeiten, von Lacrosse, Vizepräsident der Nationalversammlung, abgelöst wurde. Zum Handelsminister wurde, an die Stelle Birio's, der Volksrepräsentant Buffet ernannt. Das Ministerium hört nun durch den Austritt Maleville's und Birio's auf ein Musterministerium zu sein, indem die Republikaner darin kaum mehr vertreten sind.

Wir wollen hier kein Urtheil über die ersten Handlungen des Präsidenten der Republik fällen. Louis Napoleon Bonaparte hat einmal „der Republik“ den Eid der Treue geschworen. Wenn er ihn brechen und die Kaiserkrone erstreben würde, so dürften die Februar- und Junitage wiederkehren und noch schreckensvoller das blutende Frankreich treffen, als es durch jene geschah. Der erstiegene Thron dürfte mit dem Prätendenten desselben einstürzen und mit dem fürchterlichen Sturme fortgetragen werden. Kaiser Napoleon bereitete sich seinen Untergang schon anfänglich dadurch,

daß er seinen Heldenarm, statt ihn der Republik zu leihen, nach der Kaiserkrone ausstreckte. Sein Neffe sollte die Geschichte als Lehrerin nehmen und sich nicht dieselbe Grube graben, damit sie ihn und seinen nun wieder glorreich hervorgetretenen Namen mit Schmach und dem Fluch einer heldenmüthigen Nation bedeckte.

Wenn wir indessen dem Urtheile unsers schweizerischen Generals Dufour trauen dürfen, der seit zwanzig Jahren mit Louis Napoleon bekannt ist, so wäre dieser mehr als ein gewöhnlicher Mann, und in Beziehung auf seinen Charakter und seine militärischen Eigenschaften würdig des Namens, den er trägt.

20. Rückwirkungen der Februarrevolution auf Deutschland.

Die Katastrophe vom Februar in Paris wirkte elektrisch auf ganz Europa. Allenthalben brach die längst schon mottende Glut der Freiheitslust in mehr oder minder hohe Flammen aus. Deutschland vor allen andern Ländern aus mußte von denselben um so mehr ergriffen werden, je mehr sich seine Staatsmänner in der letzten Zeit kompromittirt hatten. In den Hauptpunkten, der nationalen Volksstellvertretung im Bunde, der Meinungsfreiheit und der Freiheit der Aeußerung derselben in Schrift und Rede, in der Herstellung unabhängiger Gerichte mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen, so wie der allgemeinen Volksbewaffnung waren alle Stämme deutscher Zunge eins. Die Volksversammlungen und Adressen machten überall in Deutschlands Gauen die Kunde und die meisten Regierungen sahen sich vom Strom der Ereignisse dahingerissen, den Völkern das zu gewähren, was sie ihnen zu versagen weder den Muth noch die Kraft hatten. Die einzelnen Erzeffe, welche in diesem Wirrwarr der gegenstreitenden Strebungen stattfanden, lassen sich am besten nach den einzelnen deutschen Bundesstaaten nach der Reihenfolge ihrer lokalen Entwicklungen darstellen. Vor Allen an ging das

Großherzogthum Baden.

Wie ein Wetterstrahl schlug die Pariser Revolution in die badische Kammer hinein. Welcker, Matthy, Basser mann bramarbasirten in den badischen Kammern wie die größten Freiheitshelden. Als aber Hecker, Struve, Brentano und ihre Freunde von Mannheim, Heidelberg, Offenburg, dem Seekreis und den übrigen Theilen des badischen Ländchens in der Kammer-